

IRAK-EXPERTE

"Eine schiitische Diktatur ist noch das positivste Szenario"

Die USA haben keine entscheidende Rolle im Irak mehr, der Bürgerkrieg könnte eskalieren, eine Intervention der Nachbarn wird immer wahrscheinlicher: Irak-Experte Guido Steinberg stellt bei SPIEGEL ONLINE die alarmierenden Ergebnisse einer neuen Studie vor.

Guido Steinberg ist Islamwissenschaftler und Buchautor. Zuletzt erschien von ihm "Der nahe und der ferne Feind. Das Netzwerk des islamistischen Terrorismus" (C.H. Beck 2005). Steinberg ist Irak- und Terrorexperte bei der "Stiftung Wissenschaft und Politik". Zuvor war er Referent im Bundeskanzleramt.

SPIEGEL ONLINE: Herr Steinberg, eine gute Woche nach dem Baker- Report in den USA legen Sie heute für die "Stiftung Wissenschaft und Politik" eine Irak- Studie vor. Gleich zu Beginn sprechen Sie von einem "gescheiterten Staat". Ist der Irak wirklich schon am Ende?

Steinberg: Wir müssen uns fragen, ob die Einschätzung der Baker-Hamilton-Kommission nicht in der Tat zu wenig drastisch ist. Wir haben es seit Februar mit einem ethnisch-konfessionellen Bürgerkrieg zu tun. Es ist zwar weiterhin dringend geboten, sich Gedanken über politische Lösungen und den Wiederaufbau zu machen. Gleichzeitig sollten wir uns jedoch vermehrt darauf einstellen, dass der Bürgerkrieg noch lange anhalten und auch eskalieren wird.

SPIEGEL ONLINE: Das klingt, als sei der Irak den USA bereits entglitten. Ist es gleichgültig, was in Washington erwogen wird?

Steinberg: Ich befürchte, dass egal welche Entscheidung die US-Regierung für die Zukunft des Irak trifft, die Eigendynamik im Irak so groß ist, der Einfluss der USA dagegen so sehr zurückgegangen ist, dass dieser Konflikt zunächst einmal innerhalb des Irak ausgetragen wird. Die USA können zwar durchaus noch Einfluss ausüben. Aber sie sind nur noch ein Akteur unter mehreren.

SPIEGEL ONLINE: Welche anderen Akteure sind denn so wichtig wie die schlagkräftigste Armee der Welt?

Steinberg: Die schiitischen Milizen und die sunnitische Aufstandsbewegung. Letzteren ist es ja tatsächlich gelungen, diesen Bürgerkrieg zu provozieren. Das ist ein Triumph für diese Gruppen. Der Bürgerkrieg könnte mit Beginn eines organisierten schiitischen Rückschlags sogar noch schlimmer werden. Aber schon jetzt übersteigt er alles, was wir aus Algerien und dem Libanon kennen.

SPIEGEL ONLINE: Wie viel Wissen haben wir über diese neuen Akteure?

Steinberg: Wir haben seit dem 11. September 2001 die Erfahrung gemacht, dass nichtstaatliche militante Akteure sehr wichtig sind. Betrachtet man aber die politischen Debatten über die Zukunft des Irak, stellt man fest: Wir nehmen sie immer noch nicht ernst genug. In Europa herrscht nach wie vor der Eindruck, dass es dort einige Terrorgruppen wie al-Qaida gibt, die diesen Aufstand repräsentieren. Dieser Aufstand ist aber viel lokaler, irakischer geprägt - und es gibt eine Vielzahl von einheimischen Organisationen, die eine andere Strategie vertreten als al-Qaida und für die Zukunft des Irak wichtiger werden.

SPIEGEL ONLINE: Sie haben sich auch mit den Auswirkungen des Irak-Desasters auf die Region insgesamt beschäftigt. Wie düster sind diese Szenarien?

Steinberg: Geht man - wie ich das tue - von einem lang anhaltenden Bürgerkrieg aus, muss man befürchten, dass die Nachbarn im Irak intervenieren. Iran und Syrien tun das mit geringer Intensität bereits. Aber auch die Türkei und Saudi-Arabien dürften zunehmend eingreifen. Die Dschihadisten unter den Aufständischen wiederum werden gleichzeitig das Chaos in diese Staaten zu tragen versuchen. Besonders gefährdet scheint mir Syrien, wenn man sieht, wie viele Kämpfer im Irak dorthin stammen. Wenn es nicht in den nächsten ein, zwei Jahren gelingt, den Konflikt einzudämmen, dann wird er weitere Teile der Region erfassen. **Die jüngste Warnung Saudi-Arabiens, man würde nach einem US- Abzug die Sunniten unterstützen**, ist ein Anzeichen unter vielen - denn Iran würde seine Unterstützung für die Schiiten in diesem Fall zwangsläufig aufstocken, und schon wäre der Konflikt um eine internationale Dimension erweitert.

SPIEGEL ONLINE: Ist es dann nicht doch vernünftig, **wie in Washington derzeit diskutiert, vor dem Abzug die Zahl der Soldaten noch einmal zu erhöhen um das Land zu befrieden?**

Steinberg: Nein, das wäre nur sinnvoll, wenn es um weit mehr als die im Moment diskutierten 20.000 bis 40.000 Mann ginge. Der Baker-Vorschlag eines Zeitplanes für den Rückzug ist sinnvoller, denn er setzt die irakische Regierung unter Druck, endlich selbst effektive Sicherheitskräfte aufzubauen. Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass dies einvernehmlich im Rahmen einer Regierung der nationalen Einheit vonstattengehen würde. Es hat keinen Sinn, drum herumzureden: Eher schon dürften Kurden und Schiiten sich zusammenraufen und mit brutaler Gewalt den sunnitischen Aufstand beenden. In einem solchen Szenario wäre eine anschließende schiitische Diktatur sehr wahrscheinlich. Meiner Meinung nach ist das schon das positivste Szenario, das es für den Irak der nächsten Jahre gibt.

SPIEGEL ONLINE: Sie schreiben, Deutschland habe nur wenig Einfluss auf den Irak und empfehlen deshalb eine Konzentration auf die Nachbarländer des Irak.

Steinberg: Die Europäer sollten einen Zeitplan für einen US-Abzug unterstützen. Vor allem sollten sie aber jetzt schon die regionalen Folgen des Konflikts abzufedern versuchen und darauf einwirken, dass die Nachbarstaaten nicht verstärkt intervenieren. Die EU hat wichtige Kontakte zu einigen dieser Akteure, die die USA nicht haben.

SPIEGEL ONLINE: Der Baker-Report spielt mit dem Gedanken einer konstruktiven Rolle für Syrien und Iran. Sie scheinen deren Einfluss eher negativ zu sehen...

Steinberg: Es ist schwierig, wenn die USA aus einer Position der Schwäche heraus ihre Feinde in der Region in einen Friedensprozess integrieren wollen. Eine Beteiligung Syriens und des Iran ist aber in der Tat letztlich unabdingbar. Das Gute ist, dass kein Nachbarstaat ein Interesse an einem Auseinanderbrechen des Irak hat. Dieses gemeinsame Interesse muss die Grundlage sein. Eine Rolle für Iran wäre es zum Beispiel, seine schiitischen Klienten im Süden des Irak zur Mäßigung anzuhalten.

SPIEGEL ONLINE: Es gibt keine deutschen Soldaten im Irak. Aber eine terroristische Bedrohung geht von den dort entstandenen Netzwerken auch für Deutschland aus, stellen Sie fest.

Steinberg: Ja, und das ist zuletzt zu sehr in den Hintergrund gerückt. Wir können nicht ausschließen, dass ausländische oder auch irakische Kämpfer zu bestimmten Phasen das Land verlassen und anderswo terroristisch aktiv werden. In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland mehrfach Unterstützernetzwerke einer kurdisch-irakischen Terrorgruppe, den Ansar

al-Sunna, ausgehoben. Aus solchen logistischen Helfern können sich eigene Terrorzellen formen - und je länger der Konflikt im Irak dauert, desto größerer ist das Risiko von Anschlägen für uns in Deutschland.

Das Interview führte Yassin Musharbash

SCHLÜSSELSTELLEN DER IRAK-STUDIE

Irak

"Der Irak ist ein gescheiterter Staat. Er wird auf Jahre hinaus instabil bleiben und die Aufständischen werden maßgeblich dazu beitragen. Durch Angriffe auf irakisches Militär, Polizisten und Angehörige der entstehenden Verwaltung haben sie bisher einen geordneten und effektiven Aufbau staatlicher Institutionen deutlich erschwert, wenn nicht gar verhindert."

Deutschland

"Deutschland muss sich auf anhaltende Instabilität im Irak einstellen. Da der deutsche und europäische Einfluss auf das Geschehen im Irak selbst gering ist, sollte dessen Nachbarstaaten besonderes Augenmerk gelten. (...) Deutsche und europäische Politik müssen sich in Zukunft auf Szenarien einer Bedrohung durch dezentralere Formen der Kriegsführung einstellen. (...) Im Irak sollte europäische Politik zwischen denjenigen Aufständischen und Gruppierungen, die keinen 'Heiligen Krieg' gegen den Westen führen, und den antiwestlichen Jihadisten differenzieren. Weder die National- Islamisten im Irak noch ihre Unterstützer im Ausland stellen bisher eine unmittelbare Bedrohung für Europa dar. Bemühungen, sie in den politischen Prozess einzubinden, sollten nachhaltig unterstützt werden. Anders verhält es sich mit den Jihadisten. Obwohl sie im Irak eine weniger prominente Rolle spielen als die National- Islamisten, sind sie eine Bedrohung für seine Nachbarstaaten. Wahrscheinlich werden sie vor allem dort aktiv werden, an erster Stelle in Syrien und im Libanon."

Aufständische

"Seit die Baathisten im Jahr 2004 an Einfluss verloren, kann man zwei dominante Strömungen unter den Aufständischen ausmachen: National- Islamisten und Jihadisten. Sie unterscheiden sich vor allem in Strategie und Vorgehensweise. Während sich die national- islamistischen Gruppierungen weitgehend auf einen Guerillakrieg beschränken, ist ein wesentliches Ziel der Jihadisten, mit häufig terroristischen Methoden einen konfessionellen Bürgerkrieg zu provozieren."

Ihre Ziele

"Ziel der Aufständischen ist es, die Präsenz fremder Mächte zu beenden und die Entstehung eines Staates zu verhindern, der von Schiiten und säkularen Kurden beherrscht wird. Als Gegenprogramm fordern sie die Gründung eines 'islamischen Staates'. Während die National- Islamisten jedoch ausschließlich auf den Irak abzielen, verfolgen die Jihadisten eine Agenda, die auch den Kampf gegen die Regierungen der arabischen Nachbarländer und eine über diese noch hinausreichende Expansion einschließt."

Fazit

"Es scheint (...) sicher zu sein, dass der 'organisierte Einsatz von Gewalt' das Leben im Irak auch in den nächsten Jahren bestimmen wird. Die Aufständischen haben sich bislang stets flexibel auf Veränderungen im politischen System des Irak und neue Bekämpfungsweisen eingestellt. Das dürfte auch künftig gelten. Ein Ende des Aufstandes ist daher nicht abzusehen."

Die "Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP) ist eine der Einrichtungen in Deutschland, die einem think tank amerikanischer Provenienz am nächsten kommen. Aber es gibt eine Besonderheit: Sie ist vornehmlich staatlich finanziert, seit der Bundestag 1965 einstimmig beschloss, der Gründung einer "unabhängigen Forschungsstelle" beizutreten. Die SWP beschreibt sich daher selbst als "eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die auf der Grundlage eigener, praxisbezogener Forschung den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät."